

Academia Iuris

Insolvenzrecht

von
Prof. Dr. Christoph Becker

3., neu bearbeitete Auflage

Insolvenzrecht – Becker

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Gesamtdarstellungen](#) – [Zivil- und Zivilverfahrensrecht allgemein](#) – [Zivilrecht](#) – [Academia Iuris](#)

Verlag Franz Vahlen München 2010

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4004 1

Becker | Insolvenzrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Insolvenzrecht

von

Dr. Christoph Becker

Professor an der Universität Augsburg

3., neu bearbeitete Auflage

beck-shop.de



Carl Heymanns Verlag 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-452-27141-9

beck-shop.de

www.wolterskluwer.de

www.heymanns.com

Alle Rechte vorbehalten.

© 2010 Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln
Carl Heymanns – eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Verlag und Autoren übernehmen keine Haftung für inhaltliche oder drucktechnische Fehler.

Umschlagkonzeption: Martina Busch, Grafikdesign, Fürstenfeldbruck

Satz: John + John, Köln

Druck und Weiterverarbeitung: Wilhelm & Adam OHG, Heusenstamm

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfreiem Papier

Vorwort

Die lebhafteste Entwicklung des Insolvenzrechts in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Wissenschaft bewegte den Verfasser, sein Lehrbuch zum Insolvenzrecht nunmehr in die dritte Auflage zu führen. Aus konfligierenden Zielen – die Gründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit reduziertem Stammkapital zu ermöglichen und zugleich Mißbräuche der Haftungsabschirmung zu beheben – entstand eines der üblich gewordenen Gesetze, die das Wort »Modernisierung« in ihrer Bezeichnung führen (BGBI. I 2008, 2026). Der Insolvenzordnung trug das Änderungen unter anderem bei Befugnis und Pflicht zum Eröffnungsantrag, beim Nachrang von Gesellschafterdarlehen und im Anfechtungsrecht ein. Der Verwirklichung harren noch die rechtspolitischen Überlegungen zu einem Entschuldungsverfahren für natürliche Personen ohne Insolvenzverfahren. Hingegen wird der Leser bereits Neuerungen im Bereich der Bankgeschäfte gemäß dem Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie (BGBI. I 2009, 2355) vorfinden.

Bei Materialsammlung, Erfassung meiner Änderungen und Einfügen in die Satzdatei unterstützten mich Rechtsreferendar *Norbert Renftle*, cand. iur. *Daniel Engel*, cand. iur. *Paul Fischer*, stud. iur. *Sonja Lorff*, stud. iur. *Olga Petrow*, stud. iur. *Constantin Zieher* und stud. iur. *Christian Zott* sowie *Tanja Voit*.

Augsburg, im Dezember 2009

Christoph Becker

beck-shop.de

Vorwort zur zweiten Auflage

Seit Erscheinen der ersten Auflage des Lehrbuches sind über zwei Jahre vergangen. In dieser Zeit blieb die lebhaft entwickelte Entwicklung des Insolvenzrechts nicht stehen. Dem versucht diese zweite Auflage Rechnung zu tragen. Während sie sich im Druck befindet, sind weitere Änderungen des Insolvenzrechts bereits abzusehen. Auch sie noch einbeziehen zu wollen hätte jedoch die Überarbeitung ungebührlich verzögert. Daher sollen die Vorhaben des Bundesgesetzgebers an dieser Stelle nur angekündigt werden:

Erstens beschäftigt sich der Gesetzgeber mit einer Änderung des Rechts der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Selbstredend soll es sich bei dem komplexen Vorhaben um sogenannte Modernisierung und Deregulierung handeln. Gleichzeitig soll Mißbrauch bekämpft werden (Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Mißbräuchen [MoMiG], BT-Drucks. 16/6140 vom 25. Juli 2007). Insolvenzzurechtlich sticht heraus, daß die Regeln über Kapitalersatz (§§ 32a und 32b GmbHG) in die Insolvenzordnung verlagert werden sollen (Änderung von § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO; Einfügen von § 44a InsO; Neufassen von § 135 InsO). Dies steht in Zusammenhang mit einer Absenkung der Vorschriften über die Mindestkapitalausstattung. Deshalb ist in den geplanten neuen Vorschriften in der Insolvenzordnung über Nachrang und Anfechtbarkeit von Gesellschafterforderungen nicht mehr von Kapitalersatz die Rede, sondern schlicht von Geschäften der Gesellschafter mit ihrer Gesellschaft. Unschwer wird man sich ausmalen können, daß gleichwohl nicht schlechthin jedes Geschäft des Gesellschafters mit »seiner« Gesellschaft mit beschränkter Haftung insolvenzzurechtlich durch Nachrang und Anfechtbarkeit zurückgesetzt sein kann. Vielmehr werden die bisherigen Überlegungen zum Kapitalersatz weiterhin in Fallgruppen zum Vorschein kommen, welche Rechtsprechung und Literatur ausarbeiten werden.

Zweitens soll Entschuldung natürlicher Personen ohne Insolvenzverfahren ermöglicht werden. Bisher führt der Weg zur Restschuldbefreiung (§§ 1 Satz 2, 286 ff. InsO) zwingend durch das Insolvenzverfahren (Regel- oder Kleinverfahren). Je schlimmer es um die finanzielle Lage des Schuldners steht, desto geringer ist indessen seine Aussicht auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens, weil § 26 InsO die Abweisung des Eröffnungsantrages mangels Masse vorsieht. Dem kann der Schuldner freilich durch Beschaffung eines Kostenvorschusses (§ 26 Abs. 1 Satz 2 Fall 1 InsO) oder durch Stundung der Kosten (§§ 26 Abs. 1 Satz 2 Fall 2, 4a bis 4d InsO) begegnen. Die Alternative Stundung soll künftig entfallen. Statt dessen wird die Restschuldbefreiung nach §§ 286 ff. InsO auch nach Abweisung des Eröffnungsantrages mangels Masse möglich sein (Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Entschuldung mittelloser Personen, zur Stärkung der Gläubigerrechte sowie zur Regelung der Insolvenzzurechtigkeit von Lizenzen, NZI 2007, Beilage zu Heft 10).

Bei der Feststellung von Gesetzesänderungen, bei der Recherche von Entscheidungen und Schrifttum, beim Korrekturlesen und bei der Aufbereitung meines Textes für den Satz halfen mir Assessoren *Peter Kreutz* und *Markus Scholz*, Rechtsreferendare *Nicola Münzberg* und *Theo Rezbach* sowie *Tanja Voit* und die Studenten *Daniel Engel*, *Paul Fischer*, *Alena Heinrichs*, *Sonja Lorff*, *Norbert Renftle*, *Claudius Roggenkamp*. Ohne ihre Unterstützung hätte diese Auflage nicht erscheinen können.

Augsburg, im November 2007

Christoph Becker

Vorwort zur ersten Auflage

Das Lehrbuch ist den Lernenden gewidmet. Sein Anliegen ist, in denjenigen Neugierde zu wecken und Verständnis zu schaffen, die dem Insolvenzwesen auf der Hochschule, im Vorbereitungsdienst oder im Beruf erstmals begegnen. Außerdem soll es auch denjenigen noch durch Herstellen von Verbindungen Nutzen stiften, die bereits öfter Berührung mit dem Insolvenzrecht hatten. Sowohl Grundsätzliches oder Übergreifendes als auch Abläufe sollen sichtbar werden. Diese erscheinen im Besonderen Teil, jenes in einem breiten Allgemeinen Teil. Manche Punkte kehren in den verschiedenen Zusammenhängen mehrfach wieder. Anderes wird der erfahrenere Leser vielleicht vermissen oder zu schwach ausgebaut finden. Eine Überschau erleichtert, daß die etwas tiefer ins Einzelne gehenden Passagen sich durch kleineren Druck vom Haupttext abheben.

Da die Insolvenzordnung sich mittlerweile im siebten Jahr ihrer Geltung befindet, erschien es mir angebracht, die aus Sorge um Verwechslung mit den Verfahren nach der Konkursordnung allenthalben geübte Scheu vor dem prägnanten Begriff »Konkurs« abzulegen. Die Zahl der noch nach der Konkursordnung eröffneten und noch nicht abgeschlossenen Verfahren ist inzwischen beinahe zu vernachlässigen. Ich halte den Begriff »Konkurs« in seiner Bildhaftigkeit (das Zusammenlaufen der Gläubiger) und zugleich das Prozedurale kennzeichnende für aussagekräftiger als den (außerdem etwas umständlichen) Begriff »Insolvenzverfahren«. Daher erscheint er in diesem Lehrbuch des öfteren als Synonym für »Insolvenzverfahren«. Die Alltagssprache hat sich ohnehin nie vom »Konkurs« getrennt. Ungenau ist die im allgemeinen Sprachgebrauch, aber auch unter Juristen eingerissene verkürzende Ersetzung von »Insolvenzverfahren« durch »Insolvenz«, womit doch nur ein Zustand benannt werden kann. Wo in diesem Lehrbuch ausnahmsweise mit »Konkurs« das Verfahren nach der Konkursordnung im Unterschied zum Verfahren nach der Insolvenzordnung gemeint ist, ergibt sich dies aus dem Zusammenhang.

Die sich verzögernde Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens habe ich noch nicht berücksichtigt. Den Referentenentwurf findet man in ZInsO 2004, 1016 ff. Dazu haben sich unter anderem *Grote/Pape* (ZInsO 2004, 993 ff.), *Frind* (ZInsO 2004, 1064 ff.), *Stephan* (ZVI 2004, 505 ff.) und *Wiedemann* (ZVI 2004, 645 ff.) geäußert.

Für ihre Hilfen bei Recherchen, Probelektüre und Bewältigung der Korrekturabzüge danke ich Assessoren *Philipp Gold*, Dr. *Christian Strasser* und *Markus Wirth* sowie Rechtsreferendaren *Elisabeth Brennauer*, *Katrin Hornung* und *Peter Kreutz*. Frau *Waltraud Schneider* brachte gewohnt zuverlässig meine Dateien zur Satzreife und erfaßte, teils unterstützt von den studentischen Hilfskräften *Alena Heinrichs*, *Norbert Renfite* und *Claudius Roggenkamp*, mit Geduld die Angaben für die Register.

Augsburg, im Juni 2005

Christoph Becker

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Vorwort zur zweiten Auflage	VI
Vorwort zur ersten Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXV
A. Allgemeiner Teil	1
§ 1 Gegenstand und Abgrenzung des Insolvenzrechts	1
§ 2 Allgemeine und besondere Regeln des Insolvenzverfahrensrechts ..	35
§ 3 Innerstaatliche und grenzüberschreitende Wirkungen von Insolvenzverfahren	39
§ 4 Ziele, Arten und Abläufe des Insolvenzverfahrens	49
§ 5 Instrumente zur Bewältigung von Insolvenz	58
§ 6 Grundsätze des Insolvenzverfahrens	65
§ 7 Am Insolvenzverfahren Beteiligte und Organe mit ihren Aufgaben	82
§ 8 Betroffenes Vermögen: Insolvenzmasse	116
§ 9 Anstoß für das Insolvenzverfahren	125
§ 10 Gerichtliche Zuständigkeiten	135
§ 11 Berührung mit dem Insolvenzgericht, Kenntnis von seinen Maßnahmen und Teilnahme am Verfahren	142
§ 12 Entscheidungen und Rechtsbehelfe im Insolvenzverfahren	153
§ 13 Kosten, Kostendeckung, Stundung	159
B. Besonderer Teil (Abläufe)	165
1. Abschnitt. Entwicklung bis zur Entscheidung über einen Eröffnungsantrag ...	165
§ 14 Vorfeld eines Insolvenzverfahrens	165
§ 15 Eröffnungsverfahren nach Antrag	195
§ 16 Kostenschätzung und Kostenvorschuß. Stundung der Kosten. Nichteröffnung mangels Masse.	213
§ 17 Annahme oder Nichtannahme eines Schuldenbereinigungsplanes im Kleinverfahren bei ruhendem Eröffnungsverfahren nach Eigenantrag	218
§ 18 Abschluß des Eröffnungsverfahrens mit Eröffnungsbeschluß	224
§ 19 Umfeld des anlaufenden Insolvenzverfahrens	232
2. Abschnitt. Durchführung des Insolvenzverfahrens in Liquidation nach dem Gesetz	242
§ 20 Zu liquidierende Masse und Fortexistenz des Schuldners mit beschlagfreiem Vermögen	242
	IX

§ 21 Vermögenserfassung und Vermögensbewirtschaftung, Verzeichnisse und Bericht	249
§ 22 Massebereinigung durch Aussondern massefremden Gutes	270
§ 23 Zurückholen abgeflossenen Vermögens	284
§ 24 Ausdehnung der Masse durch Inanspruchnahme Dritter, die allen Gläubigern haften	299
§ 25 Schwebende Geschäfte	306
§ 26 Aufrechnung	330
§ 27 Bedienung von Schulden ohne besonderes Prüfungsverfahren	338
§ 28 Anmeldung der Insolvenzforderungen	348
§ 29 Prüfung und Feststellung der Insolvenzforderungen zur Tabelle ...	356
§ 30 Erlöserzielung aus Verwertung	367
§ 31 Erlösauskehr	396
§ 32 Ende des gesetzlich liquidierenden Insolvenzverfahrens	405
§ 33 Die Zeit nach dem Insolvenzverfahren	412
3. Abschnitt. Durchführung des Insolvenzverfahrens in Abweichung von Liquidation nach dem Gesetz: Insolvenzplanverfahren	429
§ 34 Insolvenzplan	429
Vorschriftenregister	447
Entscheidungsregister	469
Sachregister	477

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur zweiten Auflage	VI
Vorwort zur ersten Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXV

A. Allgemeiner Teil	1
§ 1 Gegenstand und Abgrenzung des Insolvenzrechts	1
I. Recht und Rechtsdurchsetzung	1
1. Recht als Regelwerk mit staatlich gewährter Durchsetzungskraft	1
2. Ausschluß von Selbsthilfe	2
3. Gewaltmonopol des Staates	3
4. Justizgewährpflicht	4
II. Gläubigerwettlauf und Zugriff in der Vollstreckung	7
1. Vorbeugen und Wahrnehmung der Rechtsschutzgarantie	7
2. Rechtsschutz und Umfang des Schuldnervermögens	8
III. Verteilungsordnungen	9
1. Gleichordnung oder Priorität	9
2. Priorität in der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen	10
3. Priorität und Gleichordnung in der Immobilienvollstreckung	10
4. Erschließung des gesamten Schuldnervermögens für die Einzelvollstreckung	11
5. Gleichbehandlung im Rahmen von Haftungshöchst- beträgen	11
6. Gleichmäßige Befriedigung aus Sondermassen	11
7. Gleichordnung im Insolvenzverfahren	13
IV. Entwicklung des Insolvenzrechts	13
1. Antike	14
2. Mittelalter	15
3. Neuzeit	16
4. Moderne	18
a) Reichsjustizgesetze	18
b) Konkursrecht im geteilten Deutschland	19
c) Insolvenzordnung	21
V. Insolvenzrecht im engeren und im weiteren Sinne	24
1. Einteilung des Insolvenzrechts	24
2. Insolvenzverfahrensrecht	24

VI.	Quellen des Insolvenzrechts im engeren Sinne	25
1.	Internationales Recht	26
2.	Europäisches Recht	26
3.	Bundesrecht	27
4.	Landesrecht	29
5.	Vorbereitungen in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe »Insolvenzrecht«	31
VII.	Literatur des Insolvenzrechts im engeren Sinne	31
1.	Lehrbücher	31
2.	Kommentare	32
3.	Handbücher und Formularsammlungen	32
4.	Zeitschriften	33
VIII.	Tatsachenmaterial (insbesondere Insolvenzstatistik)	34
§ 2	Allgemeine und besondere Regeln des Insolvenzverfahrensrechts	35
I.	Beschreibung eines Allgemeinen Teils	35
II.	Grundfragen als Gehalte eines Allgemeinen Teils	36
§ 3	Innerstaatliche und grenzüberschreitende Wirkungen von Insolvenzverfahren	39
I.	Nationales und Internationales Insolvenzrecht	39
1.	Inlands- und Auslandswirkungen eines Insolvenzverfahrens	39
2.	Verfahrensherrschaft des nationalen Rechts	40
3.	Herkunft und Anknüpfungspunkte des Internationalen Insolvenzrechts	40
II.	Europäisches Insolvenzrecht	42
1.	Regelung durch Verordnung (EuInsVO)	42
2.	Umsetzung	43
3.	Verbindung mit dem nationalen Verfahrensrecht	43
4.	Regelungsgehalte	43
III.	Sonstiges Internationales Insolvenzrecht	44
IV.	Reichweite eines Insolvenzverfahrens bei Grenzüberschreitung: Universalverfahren oder Territorialverfahren?	46
1.	Grenzüberschreitendes Verfahren	46
2.	Territorialverfahren	47
§ 4	Ziele, Arten und Abläufe des Insolvenzverfahrens	49
I.	Ziele des Insolvenzverfahrens (Liquidation oder Sanierung oder Verbindung von beidem sowie Neubeginn)	49
1.	Im Gesetz ausgedrückte Ziele	49
2.	Nicht im Gesetz ausgedrückte Ziele	51
3.	Vollständiger Massebeschlagnahme	52
II.	Varianten des Insolvenzverfahrens	52
1.	Regelverfahren	53
2.	Kleinverfahren	54
3.	Sonderverfahren	55
III.	Abschnitte des Insolvenzverfahrens	55
1.	Eröffnungsverfahren und eröffnetes Verfahren	55
2.	Restschuldbefreiungsverfahren	55

3. Stärkere Gliederung des Kleinverfahrens	56
4. Begleitverfahren zu Regelinsolvenz- und Kleinverfahren	56
IV. Verbindung und Trennung mehrerer Verfahren	56
§ 5 Instrumente zur Bewältigung von Insolvenz	58
I. Liquidation nach Gesetz und Restschuldbefreiung	58
II. Konkursverhindernde oder nur konkursverschleppende privatautonome Schuldenregulierung	59
1. Unterschiedliche Regelungsdichte	59
2. Schuldenbereinigungsversuch vor einem Regelverfahren	59
3. Mißtrauen der Gläubiger	61
4. Vertrauenswürdige Moderation	61
5. Kosten des Bereinigungsversuches	61
III. Insolvenzplan mit vom Gesetz abweichender Liquidation oder teilweise gesetzeskonformer Liquidation oder Sanierung	62
1. Sanierung	62
2. Liquidation	63
3. Liquidation und Sanierung	63
IV. Außergerichtliche Verständigung zwecks Einstellung schon begonnenen Verfahrens	63
V. Betriebsänderung mit Arbeitnehmerinteressenausgleich und Sozialplan	63
§ 6 Grundsätze des Insolvenzverfahrens	65
I. Dispositionsmaxime (Verfügungsgrundsatz)	65
II. Amtsbetrieb	66
III. Gläubigerherrschaft und Schuldnerherrschaft	67
IV. Einvernehmliche Schuldenregulierung nach Wahl	67
V. Einheitlichkeit des Verfahrens	68
1. Zusammenfassung der Verfahrensalternativen	68
2. Zusammenfassung der Gläubiger	68
3. Zusammenfassung des Vermögens	69
VI. Gleichbehandlung der Gläubiger und Exklusivität der Gesamtvollstreckung	69
1. Gleichbehandlung der Insolvenzgläubiger	70
2. Grenzen der Gleichbehandlung	70
3. Gleichheitsgrundrecht und Gleichheitsübermaß	71
4. Grenzüberschreitender Ausgleich	72
VII. Geldabwicklung	72
VIII. Beschleunigung	73
IX. Inquisitionsmaxime (Amtsermittlungsgrundsatz)	74
X. Rücknahme von Mündlichkeit	75
XI. Ausbau und Rücknahme von Öffentlichkeit	76
XII. Gesetzlicher Richter	77
XIII. Unmittelbarkeit	77
XIV. Rechtliches Gehör	77
XV. Redlichkeit: Fürsorge, Fairneß, Waffengleichheit	78
XVI. Ausrichtung an den Regeln des Zivilprozesses	79
XVII. Herrschaft der Verfahrensziele	79

XVIII. Insolvenzverfahren als streitige oder als freiwillige Gerichtsbarkeit?	80
§ 7 Am Insolvenzverfahren Beteiligte und Organe mit ihren Aufgaben . . .	82
I. Beteiligte und Organe	84
II. Beteiligte	84
1. Beteiligte im engen Sinne	85
2. Beteiligte im weiten Sinne	87
a) Schuldner und Insolvenzgläubiger	87
b) Absonderungsberechtigte	87
c) Aussonderungsberechtigte	89
d) Massegläubiger	89
e) Neugläubiger	90
f) Drittschuldner	91
g) Erwerber	91
h) Anfechtungsgegner	92
i) Prozeßgegner	92
j) Sonstige Betroffene	92
3. Beteiligtenfähigkeit (Insolvenzverfahrensteilnahmefähigkeit)	92
a) Schuldner (sogenannte Insolvenzfähigkeit)	93
aa) Natürliche Person	93
bb) Juristische Person	93
cc) Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit	94
dd) Ausländische Gesellschaften	95
ee) Sonstige Einheiten	95
b) Insolvenzgläubiger und andere Beteiligte	96
4. Verfahrenshandlungsfähigkeit	97
5. Postulationsfähigkeit	97
III. Organe	97
1. Insolvenzgericht	97
2. Insolvenzverwalter, Eigenverwalter, Sachwalter, Treuhänder, vorläufiger Verwalter	98
a) Varianten der Verwaltung	98
b) Bestellung des Verwalters	99
c) Aufsicht	102
d) Austausch des Verwalters	102
e) Rechenschaft	102
3. Gläubigerversammlung und Gläubigerausschuß	102
4. Schuldnerberater	104
5. Rechtsanwälte	104
6. Vergütung und Auslagenersatz für Organe und Organmitglieder	104
7. Haftung von Organen und Organmitgliedern	105
a) Fehlentscheidung des Gerichts	106
b) Haftung des Verwalters	106
c) Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	107
d) Gebündelte Inanspruchnahme	108
IV. Aufgabenverteilung zwischen Beteiligten und Organen	108

1. Befugnisse und Aufgaben des Schuldners:	108
2. Befugnisse und Aufgaben von Gläubigern je für sich (es betrifft nicht alles einen jeden Gläubiger):	109
3. Befugnisse und Aufgaben des Insolvenzgerichts (teils beim Richter, teils beim Rechtspfleger):	109
4. Befugnisse und Aufgaben des Verwalters:	111
a) Insolvenzverwalter	111
b) Eigenverwalter	112
c) Sachwalter	113
d) Treuhänder im Restschuldbefreiungsverfahren	113
e) Treuhänder in der Kleininsolvenz	113
f) Vorläufiger Insolvenzverwalter	113
5. Befugnisse und Aufgaben der Gläubigerversammlung	114
6. Befugnisse und Aufgaben des Gläubigerausschusses	114
§ 8 Betroffenes Vermögen: Insolvenzmasse	116
I. Der Befriedigung dienende Vermögenswerte	116
II. Grenzen des Zugriffs	119
1. Räumlich	119
2. Zeitlich	120
3. Gegenüber dem Vermögen Dritter	120
4. Innerhalb des Schuldnervermögens	121
III. Freigabe	124
§ 9 Anstoß für das Insolvenzverfahren	125
I. Eröffnungsgründe: Zahlungsunfähigkeit, drohende Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung	125
1. Zahlungsunfähigkeit	126
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit	128
3. Überschuldung	129
II. Befugter Eröffnungsantrag	130
1. Antragsbefugte	130
2. Gläubigerantrag	131
3. Befugnis von Schuldnerorganen zum Eigenantrag	132
4. Pflicht von Schuldnerorganen zum Eigenantrag	132
§ 10 Gerichtliche Zuständigkeiten	135
I. Internationale Zuständigkeit	135
1. Unumgängliche Prüfung	135
2. Zuständigkeit nach Reichweite des Insolvenzbeschlages gemäß EuInsVO	136
a) Hauptverfahren	136
b) Territorialverfahren	137
3. Zuständigkeit außerhalb der EuInsVO	138
II. Sachliche Zuständigkeit	139
III. Örtliche Zuständigkeit	139
IV. Zuständigkeit innerhalb des Gerichts	140
§ 11 Berührung mit dem Insolvenzgericht, Kenntnis von seinen Maßnahmen und Teilnahme am Verfahren	142
I. Eingaben an das Insolvenzgericht	142

1. Schriftliche Eingaben	142
2. Eingaben zu Protokoll der Geschäftsstelle	142
3. Eingaben an unzuständige Gerichte	143
II. Kundgabe an Beteiligte; Öffentlichkeit in Zustellungen, Bekanntmachungen und Registereinträgen; Mitteilungen	143
1. Zustellung oder einfache Mitteilung	143
2. Bekanntmachungen	145
3. Registereinträge	146
4. Niederlegung beim Insolvenzgericht zur Einsicht	147
5. Schuldnerverzeichnis	147
6. Mitteilungen an Institutionen	147
7. Insolvenzstatistik	148
III. Anhörung	148
IV. Fristen und Termine und ihre Versäumung	149
V. Nichtteilnahme eines Gläubigers	151
§ 12 Entscheidungen und Rechtsbehelfe im Insolvenzverfahren	153
I. Beschlüsse	153
II. Rechtskraft	153
III. Rechtsbehelfe	154
1. Sofortige Beschwerde und Rechtsbeschwerde	155
2. Rechtspflegererinnerung	157
3. Sonstige Behelfe	157
4. Fehlertoleranz	158
§ 13 Kosten, Kostendeckung, Stundung	159
I. Verfahrenskosten	159
1. Gerichtskosten, Vergütungen, Auslagen	159
2. Teilnahmekosten	160
3. Kosten der Masseerfassung und der Masseabwicklung	161
II. Kein Verfahren ohne Kostendeckung	161
1. Nichteröffnung oder Einstellung bei Massearmut, Versagung der Restschuldbefreiung	161
2. Mittelbeschaffung	162
3. Stundung	163
B. Besonderer Teil (Abläufe)	165
1. Abschnitt. Entwicklung bis zur Entscheidung über einen Eröffnungsantrag	165
§ 14 Vorfeld eines Insolvenzverfahrens	165
I. Vorbeugen gegen Insolvenz und Abwenden drohenden Verfahrens	165
1. Vorbeugen	165
a) Kreditsicherung	165
b) Gesetzliche Vermehrung der Schuldnerstellung	167
c) Unternehmensform	167
d) Aufzeichnungspflichten	168
2. Abwenden eines Insolvenzverfahrens mit Haftungs- und Anfechtungsrisiken	168

a)	Abwendungsbemühungen	168
b)	Maßnahmen der Abwendung	169
c)	Sittenwidrigkeit	170
d)	Anfechtbarkeit	171
II.	Sichanbahnen des Insolvenzverfahrens	172
1.	Krise des Schuldners	174
2.	Kontobewegungen in letzter Minute	175
3.	Zwangsvollstreckung in letzter Minute	178
a)	Vorschau auf künftige Stellung als Insolvenzgläubiger	178
b)	Rückschlagsperre	178
c)	Anfechtung	179
d)	Zwangsvollstreckung im Ausland	180
4.	Sonstige Leistungen und Vermögensabflüsse	181
a)	Anfechtbarkeit im Sinne der Insolvenzordnung	181
b)	Gläubigerschädliche Rechtshandlungen vor Eröffnung	181
c)	Anfechtungsfälle	183
aa)	Rechtshandlungen	183
bb)	Zeitpunkt	184
cc)	Nachteil für die Insolvenzgläubiger	184
dd)	Konkursreife	185
ee)	Kenntnis	185
ff)	Konkurrenz der Anfechtungstatbestände	186
gg)	Nahestehende Personen	186
hh)	Kongruente Deckung	186
ii)	Inkongruente Deckung	188
jj)	Unmittelbar nachteilige Rechtsgeschäfte	190
kk)	Unentgeltliche Leistungen	190
ll)	Vorsätzliche Benachteiligung	191
mm)	Gesellschaftergeschäfte (ehemals: kapitalersetzende Rechtshandlungen)	191
nn)	Anfechtung gegen Nachfolger	192
d)	Unanfechtbares Bargeschäft	192
e)	Grenzüberschreitende Anfechtung	194
§ 15	Eröffnungsverfahren nach Antrag	195
I.	Antragstellung	195
1.	Antragsherkunft und Antragsziel	195
2.	Mehrere Anträge	195
3.	Form	196
4.	Frist	196
5.	Inhalt	196
6.	Rechtsschutzbedürfnis	198
7.	Rücknehmbarkeit	199
II.	Amtsermittlung	199
III.	Vorläufige Maßnahmen zur Massesicherung	200
1.	Überbrückung der Zeit zwischen Eröffnungsantrag und Entscheidung	201
2.	Maßnahmen zur Sicherung der etwaigen Masse	202

a) Vorläufiger Verwalter mit oder ohne Eingriff in die Verfügungsgewalt des Schuldners	203
aa) Zentrale Bedeutung	203
bb) »Starker« vorläufiger Verwalter	203
cc) Verfahrensunterbrechung	204
dd) Zustimmungsvorbehalt	204
ee) Absolutes Verfügungsverbot	204
ff) Ausnahmsweise wirksamer Erwerb aus dem Schuldnervermögen	205
gg) Freigabe	205
hh) »Schwacher« vorläufiger Verwalter	205
ii) Unbenommene Anfechtung nach Eröffnung	206
jj) Vorläufiger Verwalter vor Eigenverwaltung	206
kk) Wechsel im Schuldnerorgan	206
ll) Keine Verwertung vor Eröffnung	206
mm) Keine Anfechtung vor Eröffnung	207
b) Beschränkung von Zwangsvollstreckung, Sicherheitenverwertung und Herausgabe	207
c) Postsperre und Haft	208
d) Nicht im Gesetz aufgezählte Maßnahmen	208
3. Rechtliches Gehör, Rechtsschutz und Aufhebung	209
4. Publizität vorläufiger Maßnahmen	210
IV. Anhäufung von Masseschulden während des Eröffnungsverfahrens	210
§ 16 Kostenschätzung und Kostenvorschuß, Stundung der Kosten.	
Nichteröffnung mangels Masse	213
I. Prognose nicht mit allen Masseschulden?	213
II. Problem der Wertansätze und Hilfestellung eines vorläufigen Verwalters	214
III. Vorschuß	215
IV. Stundung	215
V. Ablehnung des Eröffnungsantrages mangels Masse	216
§ 17 Annahme oder Nichtannahme eines Schuldenbereinigungsplanes im Kleinverfahren bei ruhendem Eröffnungsverfahren nach Eigenantrag ..	218
I. Erhöhte Schwelle vor Eröffnung eines Kleinverfahrens	218
1. Vorrang einvernehmlicher Schuldenbereinigung	218
2. Standardisierter Eigenantrag	219
3. Schuldnerberatung	219
4. Entlastung der Gerichte?	219
5. Fremdantrag	219
II. »Null-Plan« oder »Fast-Null-Plan«	220
III. Ruhendes Eröffnungsverfahren	221
IV. Gerichtliche Lenkung des Einigungsversuchs	221
V. Zustandgekommener Schuldenbereinigungsplan	222
§ 18 Abschluß des Eröffnungsverfahrens mit Eröffnungsbeschluß	224
I. Eröffnung	224

1. Eröffnungsbeschluß nach zulässigem und begründetem Antrag	224
2. Ende der Disposition des Antragstellers	225
3. Rechtsbehelf gegen den Eröffnungsbeschluß	225
II. Verwaltereinsetzung	226
III. Terminbestimmung, Aufforderung an die Gläubiger, weitere Inhalte	227
1. Ansetzen von Gläubigerversammlungen	227
2. Auffordern der Gläubiger	228
3. Leistungsverbot an Drittschuldner	228
4. Weitere Bestimmungen	229
IV. Publikation	229
§ 19 Umfeld des anlaufenden Insolvenzverfahrens	232
I. Einleitung von Strafverfahren und Prüfung von Abgabepflichten	232
II. Hemmung der Verjährung und Unterbrechung schwebender Prozesse	233
1. Hemmung der Verjährung	233
2. Unterbrechung von Verfahren mit Massebezug	234
III. Verlust der Eignung für Ämter und Berufe?	236
IV. Mitgliedschaft in Gesellschaften oder Gemeinschaften	237
1. Insolvenz der Gesellschaft	237
2. Insolvenz des Mitgliedes	238
a) Gesellschaften	238
b) Gemeinschaften	239
V. Nutzung von Bürgschaften, Sachsicherheiten und Gesellschafterhaftung	239
1. Personalsicherheiten	239
2. Sachsicherheiten	240
3. Persönliche Haftung von Gesellschaftern	241
2. Abschnitt. Durchführung des Insolvenzverfahrens in Liquidation nach dem Gesetz	242
§ 20 Zu liquidierende Masse und Fortexistenz des Schuldners mit beschlagfreiem Vermögen	242
I. Verhaftetes Vermögen (Masse) und beschlagfreies Vermögen	242
1. Standardisierter Massebeschlagnahme	242
2. Masseschulden als Spiegelbild	242
3. Absonderungsgut als Massebestandteil	243
4. Beschlagnahme von Unpfändbarem	243
5. Beschlagnahme von Aussonderungsgut	244
6. Rückfluß aus Anfechtung	244
7. Freigabe	244
II. Neuerwerb des Schuldners	244
III. Unterhalt für den Schuldner und seine Familie	245
IV. Durchsetzung der Unterhaltspflicht des Schuldners gegenüber seinen Angehörigen	247
1. Zwangsvollstreckung trotz Insolvenzverfahrens	247

2. Teilnahme am Insolvenzverfahren?	248
§ 21 Vermögenserfassung und Vermögensbewirtschaftung, Verzeichnisse und Bericht	249
I. Verfügungsgewalt des Insolvenzverwalters	250
II. Übernahme der Masse	252
III. Bewirtschaftung der Masse	253
1. Treuhänderische Vermögenspflege	253
2. Sorge um Vermögenserhalt	254
3. Verhinderung von Vollstreckungszugriffen	255
4. Freigabe	256
5. Beispiele für Maßnahmen zur Masseverwaltung	256
a) Laufende Geschäfte	256
b) Pflege von Rechtspositionen	257
c) Nutzung von Handlungsbefugnissen	258
6. Unterbinden von Vermögensabflüssen	260
a) Vorgänge vor der Eröffnung	260
b) Vorgänge nach Eröffnung	261
aa) Verfügungen des Schuldners	261
bb) Erwerb ohne Verfügung des Schuldners	262
cc) Leistung an den Schuldner	263
c) Verhinderung des Massebeschlages?	264
7. Verwertung zurückgestellt	264
IV. Dokumentation und Berichterstattung	265
1. Bis zum Berichtstermin	265
a) Masseverzeichnis	265
b) Gläubigerverzeichnis	266
c) Vermögensübersicht	266
d) Bericht im Berichtstermin	266
2. Nach dem Berichtstermin	267
a) Tabelle für den Prüfungstermin	267
b) Verteilungsverzeichnis	268
c) Schlußrechnung für den Schlußtermin	268
d) Aufstellungen und Berichte bei Übergang ins Insolvenzplanverfahren	268
3. Fortlaufende Aufgaben	268
a) Aufzeichnungen nach Handelsrecht und nach Steuerrecht	268
b) Unterrichtung von Insolvenzgericht, Gläubigerausschuß und Gläubigerversammlung	269
c) Grenzüberschreitender Informationsaustausch	269
§ 22 Massebereinigung durch Aussondern massefremden Gutes	270
I. Massefremdheit	270
1. Ausschluß vom Zweck gemeinschaftlicher Gläubigerbefriedigung	270
2. Entwicklung der Soll-Masse	271
II. Aussonderung und Aussonderungsanspruch	271
1. Spontane Ausgliederung aus der Masse	271
a) Trennung von den Abläufen des Insolvenzverfahrens	271

b) Zuordnung des Gegenstandes	272
c) Sorgfaltspflicht des Verwalters	273
2. Sofort oder nach Zeitablauf	274
3. Angeforderte und erzwungene Ausgliederung	275
a) Anspruch erheben	275
b) Herausgabe oder Unterlassung	275
c) Leistungsklage oder Feststellungsklage gegen den Verwalter	276
III. Beispiele	277
1. Eigentum	277
2. Forderungsinhaberschaft	279
3. Besitz und Kautions	281
IV. Verhindern der Aussonderung	281
V. Ersatzaussonderung	281
1. Verlust vor Eröffnung	281
2. Verlust nach Eröffnung	282
3. Insolvenzforderung oder Ersatzaussonderung	282
§ 23 Zurückholen abgeflossenen Vermögens	284
I. Masseanreicherung mit verschiedenen Mitteln	284
1. Ausbau der Ist-Masse	284
2. Wege der Masseanreicherung	285
3. Masseanreicherung zur Überwindung von Massearmut	286
4. Grenzüberschreitende Masseanreicherung	286
5. Handlungsdruck	287
II. Abläufe der Anfechtung	287
1. Völlige Rückgewähr	287
a) Wiedereingliederung in die Masse	287
b) Rückgewähranspruch	288
c) Haftung des Rückgewährpflichtigen	289
d) Pflicht eines anfechtenden Gläubigers	289
e) Verjährung	289
2. Klage	290
3. Einwand	291
4. Entschädigung eines Insolvenzgläubigers im Kleinverfahren für seine Einsatzbereitschaft	291
5. Bekräftigtes schwebendes Geschäft	292
6. Erstattung eines Zuflusses an den Anfechtungsgegner	294
a) Keine Überbegünstigung der Masse	294
b) Aufleben eines Anspruchs	294
c) Erstattung einer Gegenleistung	295
aa) Erstattung auch bei Anfechtung nur der Leistung?	295
bb) Erstattung nach Rücktritt oder Kündigung wegen Anfechtung?	296
cc) Wiederaufleben der Forderung oder Erstattung	296
dd) Feststellung von Gegenseitigkeit	296
ee) Unterscheidbarkeit des Leistungsobjektes oder Bereicherung	296
d) Folgenabschätzung	298

§ 24 Ausdehnung der Masse durch Inanspruchnahme Dritter, die allen Gläubigern haften	299
I. Masseanreicherung mit abweichender Zielsetzung	299
II. Bündelung von Empfangszuständigkeit und Klagebefugnis beim Insolvenzverwalter	301
III. Gesellschafterhaftung in der Insolvenz der Gesellschaft	303
IV. Schadensersatzhaftung, insbesondere von Organen	304
V. Persönliche Haftung der Eheleute in der Gütergemeinschaft	305
§ 25 Schwebende Geschäfte	306
I. Nicht ganz erfüllte Geschäfte	307
II. Wahlrecht des Verwalters bei gegenseitigen Geschäften	310
1. Grundsatz	310
a) Wahl zwischen Fortsetzung und Abbruch	310
b) Einfache Geschäfte und Dauerschuldverhältnisse	310
c) Beschneidungen der Wahlfreiheit	310
d) Besondere Zuständigkeiten	311
e) Folgenabschätzung	311
f) Teilbare Leistungen	311
g) Sicherheiten	312
h) Entscheidung	313
2. Wiederherstellung der Durchsetzbarkeit bei Erfüllungswahl	313
3. Nichterfüllung	314
a) Ausweichen auf eine Insolvenzforderung	314
b) Rückgewähranspruch als Insolvenzforderung?	316
c) Keine generelle Weiterentwicklung von Geschäften	316
d) Aussonderung?	317
e) Rückfluß zur Masse	317
f) Aufrechnung	318
4. Einzelne Fälle	318
a) Rückgewährschuldverhältnisse	318
b) Unbare Zahlung	318
c) Mangelhafte Leistung	319
d) Darlehen	319
e) Geschäfte eines vorläufigen Verwalters	320
III. Entscheidung des Gesetzgebers mit oder ohne Änderungsmöglichkeit für den Verwalter	320
1. Abbruch	320
a) Fixkäufe	320
b) Aufträge	321
c) Vollmachten	322
d) Vorauszessionen	323
e) Versicherungen	324
f) Vorkaufsrechte	324
g) Sicherheiten	324
2. Fortsetzung ohne besonderes Lösungsrecht	325
a) Immobiliengeschäfte	325
b) Anwartschaftsrecht aus Lieferung unter Eigentumsvorbehalt	325

c) Andere Anwartschaftsrechte	325
d) Miete, Pacht, Leasing, Dienst, Darlehen	326
e) Sonstige Geschäfte	327
f) Sicherheiten	327
3. Fortsetzung mit besonderem Lösungsrecht	327
a) Schuldner als Immobilienmieter oder -pächter	327
b) Schuldner als Arbeitgeber	329
§ 26 Aufrechnung	330
I. Problemlage	330
II. Aufrechnung mit anderer als Insolvenzforderung	331
III. Aufrechnung mit Insolvenzforderung	333
1. Absonderungsähnliche Aufrechnung trotz Insolvenz- verfahrens	333
2. Ausschluß der Aufrechnung	335
3. Aufrechnung gegen beschlagfreie Forderung	337
§ 27 Bedienung von Schulden ohne besonderes Prüfungsverfahren	338
I. Sichtung der Schulden	338
II. Fortlaufende Bedienung von Nicht-Insolvenzforderungen ohne Bündelung und ohne Abwandlung	339
1. Keine gemeinschaftliche Befriedigung	339
a) Aus- oder Absonderungsberechtigte	339
b) Massegläubiger	339
c) Neugläubiger	342
2. Unaufgeforderte Befriedigung	343
3. Befriedigung in Natur und zur rechten Zeit	343
a) Aussonderung und Absonderung	343
b) Masseverbindlichkeiten	345
c) Neuschulden	346
4. Erzwingen der Befriedigung	346
a) Aussonderungsberechtigte	346
b) Absonderungsberechtigte	346
c) Massegläubiger	346
d) Neugläubiger	347
5. Restschuldbefreiung	347
§ 28 Anmeldung der Insolvenzforderungen	348
I. Bemerken von Insolvenzforderungen	348
1. Anmeldeerfordernis trotz Kenntnis des Verwalters	348
2. Anmeldung als Ausdruck der Dispositionsgewalt	348
3. Anmeldeerfordernis ohne Ausnahme	349
II. Anmeldung zur Tabelle	350
1. Anmeldung beim Verwalter	350
2. Beschreibung der Forderung	350
3. Rangkennzeichnung	351
4. Offenlegen eines Absonderungsrechts	352
5. Hilfe bei der Anmeldung	353
6. Hemmung der Verjährung	354
7. Anmeldung aus dem Ausland	354

III. Tabelle	354
§ 29 Prüfung und Feststellung der Insolvenzforderungen zur Tabelle	356
I. Prüfung der angemeldeten Insolvenzforderungen	356
II. Prüfungstermin	357
III. Feststellung als Ziel	358
IV. Feststellung im Termin	358
1. Kein anhaltender Widerspruch (außer von Schuldnerseite)	358
2. Eintrag der Feststellung in die Tabelle	359
3. Rechtskraft	360
V. Keine Feststellung im Termin	360
VI. Feststellung außerhalb des Insolvenzverfahrens	361
1. Verlagerung ins gewöhnliche Verfahren	361
2. Aufbau auf bereits früher erreichtem Sachstand	362
3. Initiative	362
4. Beteiligte und Klärungsbegehren	364
5. Gegenstand der externen Klärung	365
6. Zeit	365
7. Rücktrag des Ergebnisses ins Verfahren	365
8. Kosten	366
§ 30 Erlöserzielung aus Verwertung	367
I. Allgemeines zur Verwertung von unbelastetem Gut und Gut mit Absonderungsrechten	368
II. Verwertung des nicht mit Befriedigungsrechten belasteten Vermögens	372
1. Art der Verwertung	372
2. Wahl von Verwertungsweise und Verwertungszeitpunkt	373
3. Belastungen der Gegenstände ohne Absonderungsmöglichkeit	373
4. Pflichtverletzung im Verwertungsgeschäft	374
5. Verwertung von Gegenständen mit Persönlichkeitsbezug	375
III. Verwertung von Absonderungsgut	375
1. Valutierende Befriedigungsrechte an Masseobjekten	375
2. Zuständigkeit des Verwalters und Abweichungen davon	377
a) Grundsätzliche Verwalterzuständigkeit	377
b) Zuständigkeitsspaltung im Regelverfahren	377
c) Gläubigerzuständigkeit im Kleinverfahren	382
d) Kompetenzüberschreitung	383
e) Grenzüberschreitende Verwertung	384
3. Mit Absonderungsrechten behaftete Immobilien	385
4. Mit Absonderungsrechten behaftete Mobilien	386
5. Ausgleich für Aufschub der Verwertung	389
6. Feststellungs- und Verwertungskosten	391
a) Immobilien	392
b) Mobilien	392
c) Bemessung von Sicherheit	395
§ 31 Erlösauskehr	396
I. Quellen des auszukehrenden Erlöses	396

II.	Befriedigungsrangfolge	396
III.	Ablauf der Bedienung von Insolvenzforderungen	398
	1. Erledigung der Forderungsprüfung	398
	2. Zustimmung von Gläubigerausschuß oder Gericht	399
	3. Verteilungsverzeichnis	399
	4. Berücksichtigung im Verteilungsverzeichnis	400
	5. Schlußverteilung	402
	6. Nachtragsverteilung	403
IV.	Grenzüberschreitende Insolvenz	404
§ 32	Ende des gesetzlich liquidierenden Insolvenzverfahrens	405
I.	Verfahrensbeendigung durch Beschluß des Insolvenzgerichts ...	405
II.	Aufhebung nach völliger Abwicklung	406
III.	Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit nach Liquidation ...	406
IV.	Einstellung ohne notwendige Liquidation	408
	1. Einstellung mangels Masse	408
	2. Einstellung auf allseitiges Einverständnis	409
	3. Einstellung mangels Insolvenz	410
	4. Einstellung wegen Todes des Schuldners	411
§ 33	Die Zeit nach dem Insolvenzverfahren	412
I.	Gestundete Kosten	412
II.	Verteilung weiteren Vermögens	413
III.	Nachforderung, vor allem der Insolvenzgläubiger	414
	1. Fortbestand der unerledigten Forderungen	414
	2. Fortexistenz des Schuldners	414
	3. Wiederhergestellte Durchsetzbarkeit der Insolvenzforderung	415
	4. Gerichtliche Verfolgung	416
	5. Zwangsvollstreckung	417
	6. Erneutes Insolvenzverfahren	418
IV.	Wohlverhalten und Restschuldbefreiung	418
	1. Antrag auf Restschuldbefreiung	419
	2. Abtretungserklärung	420
	3. Ankündigung oder sofortige Versagung	422
	4. Wohlverhalten	423
	5. Bedienung der Insolvenzgläubiger	424
	6. Versagung vor oder bei Ende der Laufzeit	426
	7. Restschuldbefreiung	426
V.	Zugriff auf Mithaftende	428
VI.	Zugriff auf den Verwalter und die Mitglieder des Gläubigerausschusses	428
3. Abschnitt.	Durchführung des Insolvenzverfahrens in Abweichung von Liquidation nach dem Gesetz: Insolvenzplanverfahren	429
§ 34	Insolvenzplan	429
I.	Vom gesetzlichen Verfahren abweichende Zerschlagung oder Sanierung	430
II.	Planinitiative und Planentwicklung	432
III.	Inhaltliche Anforderungen	434

1. Zweiteilung	434
2. Darstellender Teil	434
3. Gestaltender Teil	434
4. Gestaltungsfreiheit	435
a) Absonderungsrechte	435
b) Insolvenzforderungen	436
c) Willenserklärungen zur Verfügung über Gegenstände	437
d) Weitere Verzeichnisse und Erklärungen	438
e) Bedingungen für die Bestätigung	439
f) Fortgesetzte Prozeßstandschaft	439
g) Überwachung der Planerfüllung	439
h) Neue Kredite	440
i) Wiederaufleben des ursprünglichen Forderungsbestandes	440
IV. Vorabprüfung durch das Gericht	440
V. Zurückweisung des Planes oder Planfeststellung in der Gläubigerversammlung	441
VI. Gerichtliche Bestätigung und Schicksal des Insolvenzverfahrens	442
VII. Gestaltende Wirkungen und Planerfüllung	443
1. Wirksamwerden	443
2. Planerfüllung ohne oder mit Überwachung	444
3. Zwangsvollstreckung aus dem Plan mit Tabellenauszug	445
VIII. Zugriff auf Mithaftende	445
IX. Inanspruchnahme des Verwalters oder der Mitglieder des Gläubigerausschusses	445
X. Neues Insolvenzverfahren	446
Vorschriftenregister	447
Entscheidungsregister	469
Sachregister	477